

Vertrauen in die Zukunft

Koalitionsvertrag 2017 – 2021

VVD, CDA, D66 und ChristenUnie

10. Oktober 2017

Einleitung

In den Niederlanden gehen individuelle Freiheiten und eine starke Gemeinschaft Hand in Hand. Hier kann jeder zu Höhenflügen ansetzen, in der Gewissheit, dass für den Fall der Fälle ein Fangnetz bereitsteht. Es gibt aber auch Sorgen, und wir teilen sie. Wenn es darauf ankommt, lösen wir in den Niederlanden Probleme gemeinsam. So sind wir dafür gerüstet, die großen Fragen dieser Zeit anzugehen. Wir haben Vertrauen in die Zukunft.

Unser Ziel ist es, ein starkes Land noch besser zu machen – für alle, besonders auch für Menschen, die heute das Gefühl haben, dass der Staat nicht mehr für sie da ist. Wir investieren in die Chancen aller und stärken die Gemeinschaft. Dafür sehen wir enorme Möglichkeiten:

- Wir investieren in Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge, indem wir mehr Geld und Personal für Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Pflege bereitstellen.
- Wir machen Reformen für mehr Sicherheit und Chancen in einer neuen Wirtschaft, indem wir das Verhältnis zwischen flexibler Arbeit und festen Beschäftigungsverhältnissen neu austarieren, eine passgenauere Altersvorsorge ermöglichen, das Steuersystem modernisieren und die Belastungen verringern.
- Wir stellen uns der Herausforderung des Klimawandels. Die Niederlande werden nachhaltig.
- Und wir stehen unbeirrbar zu unseren Freiheiten, unserer Demokratie, unserem Rechtsstaat und unserer internationalen Orientierung. Die Identität der Niederlande bleibt ungeachtet ihrer engen internationalen Einbettung klar erkennbar.

Unsere Ausgangslage ist gut. Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigung zieht an, die Arbeitslosigkeit sinkt, und die Staatsfinanzen sind wieder in Ordnung. In zahlreichen internationalen Ranglisten nehmen wir einen der vorderen Plätze ein, ob es nun um die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft geht, den Zugang zu Gesundheits- und Pflegeleistungen oder die Qualität von Bildung und Forschung.

Doch makroökonomische Daten und internationale Ranglisten allein machen noch kein gutes Land aus. Wenn wir auf die Niederlande blicken, sehen wir auch Gegensätze und Sorgen. Jeder kennt die Themen. Während die einen in Robotisierung, Globalisierung und Innovation Chancen sehen, fürchten die anderen um ihren Arbeitsplatz und um den ihrer Kinder. Es gibt Jugendliche und Menschen mit mittlerem Einkommen, die keinen festen Boden unter die Füße bekommen, weil sie zum Beispiel keinen festen Job haben und deshalb kaum eine Hypothek abschließen oder eine erschwingliche Mietwohnung finden können. Und längst nicht jeder empfindet das eigene Viertel als vertraute und sichere Heimstatt. Einigen wird es sogar fremd. Auch infolge mangelhafter Integration von Zuwanderern fühlen sie sich in ihrem eigenen Umfeld nicht mehr zu Hause. Andere fragen sich wiederum, ob sie in unserer Gesellschaft eigentlich akzeptiert werden. Zudem beobachten wir seit Jahr und Tag, dass sehr viele Bürger sich Sorgen um Gesundheit und Pflege machen. Sie fragen sich, ob Leistungen in diesem Bereich für sie verfügbar und bezahlbar sein werden, wenn sie sie einmal benötigen sollten.

Noch zu viele Menschen sagen sich: Schön, dass die Konjunkturdaten so gut sind, aber mit meinem Leben hat das nichts zu tun. Wenn viele zurückbleiben, schadet dies letztlich der ganzen Gesellschaft. Aus Gegensätzen werden dann Spannungen, die schnell wachsen können, da Instabilität und Unruhe auf internationaler Ebene heute auch Einfluss auf Gefühle des Unbehagens und der Entfremdung in unserem Land haben. Zum Beispiel wenn die Zunahme der Migration unkontrollierte Formen anzunehmen scheint oder wenn Spannungen im Ausland auf niederländische Straßen importiert werden.

Politik muss sich um die Niederlande und die Niederländer drehen, weniger um Zahlen und Den Haag. Dies verlangen die Menschen. Und das ist auch der Grundgedanke dieses Koalitionsvertrags. Es reicht nicht, dass die Niederlande in den Statistiken Fortschritte machen, die Menschen müssen dies auch in ihrem Alltag erfahren. Das ist unser Ziel, an dem wir in den kommenden Jahren entlang vier politischer Leitlinien arbeiten wollen.

Erstens investieren wir in die Einrichtungen und Leistungen, die für uns alle da sind. Jeder muss sich einer sicheren und achtsamen Gesellschaft mit festem inneren Zusammenhalt gewiss sein. Darum investieren wir in Verteidigung, Polizei, Gesundheit und Pflege, Bildung. Diese Bereiche verdienen Unterstützung und Anerkennung, und die Fachleute, die dort arbeiten, brauchen Bewegungsfreiheit. Noch zu oft verzetteln wir uns, wenn auch mit den besten Absichten, in immer noch detaillierteren Vorschriften. Das ist aber der falsche Weg. Wenn man krank ist, geht man zum Arzt. Pflege erhält man von Pflegekräften und Menschen im eigenen Umfeld. Polizisten sorgen für Sicherheit auf der Straße. Und es ist jener eine Lehrer, an den sich die Menschen

ein Leben lang erinnern, und nicht irgendein politisches Papier aus Den Haag. All diese Profis brauchen Freiraum, ebenso wie die vielen positiven Kräfte in unserer Gesellschaft der Bürger, der Vereine und der Glaubensgemeinschaften.

Zweitens realisieren wir Reformen für Sicherheit und Chancen in einer neuen Wirtschaft. Unser Arbeitsmarkt, unser Rentensystem und unser Wohnungsmarkt sollen allen Menschen Sicherheit und Chancen bieten, auch wenn die Umstände sich mit der Zeit verändern. Dazu müssen die Systeme regelmäßig überprüft und modernisiert werden.

Damit fangen wir hier und heute an, mit Entlastungen für die arbeitende Mittelschicht und Unternehmen, die den Niederlanden in den vergangenen Jahren durch die Krise geholfen haben. Zu diesem Zweck nehmen wir Geld in die Hand für Kaufkraft, Infrastruktur, Forschung, Innovation, Digitalisierung und attraktive Standortbedingungen für Unternehmen.

Gleichzeitig setzen wir uns für mehr feste Beschäftigungsverhältnisse ein. Ein flexibler Arbeitsmarkt ist ein hohes Gut, aber es kann auch zu Auswüchsen kommen. Zu unverbindliche Arbeitsverhältnisse führen zu Unsicherheit bei den Arbeitnehmern, Verlust an Erfahrung bei den Unternehmen und unzureichenden Investitionen in Wissen und Ausbildung. Wir streben eine neue Balance zwischen flexibler und fester Erwerbsarbeit an. Für die Arbeitgeber muss es finanziell attraktiver und mit weniger Risiken verbunden sein, Arbeitnehmern einen regulären Arbeitsvertrag anzubieten. Wer sich bewusst entschließt, sich selbstständig zu machen, dem legen wir keine Steine in den Weg. Zugleich schützen wir Menschen, die, oft ohne Versicherungsschutz und ohne Alternative, darauf angewiesen sind, als Solo-Selbständige ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Auch unser Rentensystem braucht eine Neubalancierung. Wir wollen weg von abstrakten Vereinbarungen, die zu Enttäuschungen führen, hin zum Aufbau eines individuellen Rentenkapitals. Dabei ist es vernünftig und notwendig, Elemente einer kollektiven Risikoteilung beizubehalten. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wollen wir einem solchen neuen System Gestalt verleihen.

Drittens machen wir ernst mit einer ehrgeizigen Klimapolitik. Die Niederlande werden nachhaltig. Es gibt keine Alternative zum Handeln. Wir stellen uns unserer Verantwortung für das Pariser Klimaabkommen. Im Rahmen eines nationalen Klima- und Energiepakts werden wir gemeinsam mit allen Akteuren den CO₂-Ausstoß kräftig verringern. Etwa durch mehr Nachhaltigkeit bei Gebäuden und im Verkehr, Ökologisierung unseres Steuersystems und Nutzung neuer Energiequellen. Wir legen die Latte hoch. Wir wollen die Ziele von Paris möglichst ehrgeizig umsetzen. Zu diesem Zweck werden wir mit gleichgesinnten Ländern in Europa zusammenarbeiten.

Viertens und letztens: ein international eng eingebettetes Land mit einer eigenen Identität. Unsere Sprache, unsere Flagge, unsere Nationalhymne, unsere Gedenkfeiern und unsere Verfassung sind keine symbolischen Relikte aus der Vergangenheit, sondern Zeichen des Stolzes, der Freiheiten, Rechte und Pflichten, die Teil der Niederlande, der niederländischen Nationalität und des demokratischen Rechtsstaats sind. Wir müssen sie pflegen, miteinander teilen und weitergeben – an andere Niederländer und an neue Mitbürger.

Viele unserer Werte teilen wir mit internationalen Partnern. Auch die internationale Ausrichtung ist ein festes Merkmal der Niederlande. Wir wissen von jeher, dass Wohlstand, Gemeinwohl und Sicherheit für jeden einzelnen in unserem Land stark von dem abhängen, was um uns herum in der Welt vor sich geht. Einen großen Teil unseres Einkommens verdienen wir im Ausland. Der internationale Handel schafft viele Arbeitsplätze in den Niederlanden. Das Abschmelzen der Polkappen hat Auswirkungen auf unsere Küsten und Häfen, und die Instabilität an Europas Grenzen kann sich im eigenen Land in Form von Migration und Terrorismus bemerkbar machen.

Nicht zuletzt durch die Einbettung unseres Landes in die Europäische Union, die NATO und die Vereinten Nationen schützen wir unsere Art zu leben. Eine aktive internationale Politik liegt im nationalen Interesse. Sie ist nichts Abstraktes, sie steht in direktem Zusammenhang mit Chancen und Bedrohungen in unserem eigenen Land. Und deshalb ziehen wir uns nicht auf eine imaginäre Insel zurück, die nur scheinbar Sicherheit bieten würde. Im Gegenteil. Wir wollen international ein aktiver und zuverlässiger Partner bleiben, und wir wollen Vorreiter in einer handlungsfähigeren Europäischen Union sein, die die großen Themen dieser Zeit anpackt, um die Bürger zu beschützen. So leisten wir beispielsweise einen Beitrag zu Wohlstand und Gemeinwohl in anderen Ländern und bekämpfen auf diese Weise auch die Ursachen für Migration. Wir setzen die Klimavereinbarungen von Paris um, und wir engagieren uns auch weiterhin für Frieden und Sicherheit in anderen Teilen der Welt. Auch helfen wir dabei, dass innovative Lösungen und Unternehmen aus den Niederlanden den Weg in die Welt finden.

Diese Agenda bringt die Niederlande weiter. Davon sind die Fraktionen von VVD, CDA, D66 und ChristenUnie überzeugt, wohl wissend, dass Investitionen von Milliarden Euro erst dann Bedeutung bekommen, wenn Millionen von Menschen davon profitieren. Denn das ist unser Antrieb. Es geht uns nicht um Zahlen, sondern um die Menschen.

Zwar ist die politische Landschaft zersplittert. Zwar sind die finanziellen Möglichkeiten nach wie vor begrenzt. Zwar will jeder lieber seine eigenen Vorstellungen durchsetzen als Kompromisse erklären. Sich einfach damit abzufinden bringt aber niemanden weiter. Wir wollen Verantwortung übernehmen und in der besten Tradition unseres Landes vorankommen: Wir in den Niederlanden tun uns zusammen, wenn es darauf ankommt, wir bringen uns nicht gegeneinander in Stellung. Wir sind für Unterschiede, aber gegen Gegensätze. Mit dieser Energie wollen wir mit allen Partnern zusammenarbeiten, um dieses wundervolle Land für jeden einzelnen zu einem noch besseren Land zu machen.

4. Die Niederlande in der Welt

4.1 Außenpolitik

Noch nie hatte die Welt ein so hohes Wohlstands- und Entwicklungsniveau wie heute. Dass es immer so weitergeht, ist aber keineswegs sicher. Während globale Herausforderungen ein gemeinsames Vorgehen erfordern, gerät die internationale Zusammenarbeit unter Druck. Die Niederlande profitieren von einer wohlhabenden und sicheren Welt. Deshalb ist für sie eine aktive und möglichst weitgehend integrierte Außenpolitik mit eigenem Profil unverzichtbar. Eine realistische Außenpolitik dient den niederländischen Interessen und der internationalen Rechtsordnung. Um den Fokus dieser Politik zu stärken und ihre Effektivität zu erhöhen, konzentrieren wir uns in erster Linie auf bewährte Kooperationsstrukturen wie die EU, die NATO, die Vereinten Nationen, die EU-Nachbarn und den »Gürtel der Instabilität«, der Europa umgibt. Die Regierung investiert umfassend in Diplomatie, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit.

- Militärmissionen sind ein integraler Bestandteil der Außenpolitik. Entsendungen müssen im Einklang mit dem Völkerrecht und nach Möglichkeit auf der Grundlage eines klaren UN-Mandats erfolgen.
- Das Netz der Auslandsvertretungen wird im Einklang mit dem Gutachten »Die Vertretung der Niederlande in der Welt« des Beirats für internationale Fragen (AIV) erweitert und verstärkt. Die Niederlande wollen Spitzenreiter auf dem Gebiet der Konsulardienstleistungen werden. Es wird ein rund um die Uhr erreichbarer Auslandsschalter eingerichtet, der als »One-Stop-Shop« Niederländern im Ausland alle staatlichen Dienstleistungen und Produkte bietet. Hierdurch werden die Bande zu den Niederlanden gestärkt. Für die Auslandsvertretungen werden zusätzliche Mittel bereitgestellt – strukturell bis zu 40 Millionen Euro.
- Im Nahen Osten leisten die Niederlande einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit. Sie nutzen die guten Beziehungen zu Israel und der Palästinensischen Behörde für die Beibehaltung und Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung: ein unabhängiger, demokratischer und existenzfähiger palästinensischer Staat neben einem sicheren und international anerkannten Israel. Zugleich setzen sich die Niederlande für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern ein.
- Im Rahmen ihrer aktiven Außenpolitik engagieren sich die Niederlande für universelle Menschenrechte, insbesondere für schwache Bevölkerungsgruppen wie Christen und LGBTI. Zu diesem Zweck wird der Menschenrechtsfonds des Außenministeriums im Rahmen des Haushaltsplans aufgestockt.
- Maßgeblich für die Anerkennung von Völkermorden sind für die niederländische Regierung Urteile internationaler (Straf-)Gerichtshöfe, eindeutige Schlussfolgerungen wissenschaftlicher Studien und Feststellungen der UN. Dabei handeln die Niederlande im Einklang mit den Verpflichtungen, die sich aus dem Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ergeben. Im UN-Sicherheitsrat setzen sich die Niederlande aktiv für den Kampf gegen den IS und für die Verurteilung von IS-Kämpfern ein.
- Gemeinsam mit den anderen betroffenen Ländern werden die Niederlande weiterhin alles daran setzen, die Täter des Anschlags auf die Maschine des Flugs MH 17 vor Gericht zu stellen. Sie unternehmen diplomatische Schritte gegen Länder, die nicht in vollem Umfang an der Umsetzung der Resolution 2166 des UN-Sicherheitsrats mitwirken.
- Die Regierung macht sich die Ausräumung von Hindernissen zur Aufgabe, mit denen sich die Bewohner von Grenzregionen konfrontiert sehen. Gemeinsam mit deutschen und belgischen Behörden, insbesondere in Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Flandern, werden die vorrangigen Probleme auf den Gebieten Infrastruktur, Soziales und Beschäftigung angegangen. Vor dem Hintergrund der Spannungen in Venezuela verdienen auch die Beziehungen zu diesem Nachbarland, das direkt an das Königreich grenzt, besondere Aufmerksamkeit.
- Angesichts der großen Risiken, die mit der Proliferation von Atomwaffen einhergehen, setzt sich die Regierung im Rahmen ihrer Bündnisverpflichtungen aktiv für eine atomwaffenfreie Welt ein.
- In der EU strebt die Regierung eine bessere Durchsetzung der europäischen Kriterien für Waffenexporte an.

4.2 Verteidigung

Die rasch zunehmende Instabilität in einer Welt, in der sich Art und Umfang von Bedrohungen und Krisen in hohem Tempo verändern, erfordert moderne und gut ausgerüstete Streitkräfte. Innere und internationale Sicherheitsrisiken sind immer enger miteinander verzahnt; ihre Ursache liegt immer häufiger in Ländern aus dem »Gürtel der Instabilität«, der Europa umgibt. Vielseitig einsetzbare Streitkräfte, die in der Lage sind, ihre

verfassungsrechtlichen Aufgaben zu erfüllen, sind hierfür unverzichtbar. Damit sie dies leisten können, müssen Investitionen getätigt werden. Die sich in hohem Tempo verändernde Weltordnung macht es erforderlich, dass die Niederlande im Bündnisrahmen einen relevanten Beitrag zur Bekämpfung internationaler Sicherheitsbedrohungen leisten. In Europa wird verstärkt mit europäischen Bündnispartnern zusammenarbeitet.

- Die Regierung wird deutlich mehr in die Verteidigung investieren. Die Investitionen steigen schrittweise auf gut 1,5 Milliarden Euro pro Jahr an. Die grundlegende Einsatzbereitschaft wird hergestellt, die operative Einsatzfähigkeit wird erhöht, und notwendige Investitionen in den Austausch und die Erneuerung von Material werden zukunftsicher finanziert.
- Die Regierung erarbeitet Vorschläge zur Erhöhung der Planungssicherheit und Robustheit des Beschaffungsetats, etwa einen spezifischen Preisindex oder eine strukturelle Lösung für Wechselkursschwankungen.
- Die Regierung formuliert eine Sicherheitsstrategie, mit der Bedrohungen aus dem In- und Ausland – darunter auch Terrorismus – begegnet wird und die an die Stelle der heutigen Internationalen Sicherheitsstrategie tritt. Außerdem aktualisiert die Regierung regelmäßig das Leitprogramm zur Verteidigung, wobei sie den Planungsprozess der NATO und der EU sowie die strategischen Entscheidungen wichtiger Bündnispartner berücksichtigt. Das Leitprogramm wird maßgeblich sein, wenn es um langfristige Beschlussfassungsprozesse bezüglich der Anschaffung und Notwendigkeit großer Waffensysteme geht. Zur Steigerung der Flexibilität und Einsatzbereitschaft der Armee wird das Konzept der »adaptiven Streitkräfte« in der laufenden Legislaturperiode konkret ausgearbeitet.
- Internationale Militärmissionen ergeben sich aus einer integrierten Außen- und Sicherheitsstrategie. Bei diesbezüglichen Entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass militärische Missionen für einen längeren Zeitraum und in hinreichendem Umfang durchgeführt werden können müssen. Die Investitionen in die Streitkräfte sind unter anderem darauf ausgerichtet.
- Die Regierung will die bilaterale und europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gemeinsamen Materialbeschaffung, der Organisation gemeinsamer Ausbildungen und Trainings und des Poolings von vorhandenem Militärmaterial weiter fortsetzen.
- Die Regierung wird auch in Zukunft mit gleichgesinnten Ländern Vereinbarungen über die konkrete bi- und multinationale Zusammenarbeit treffen mit dem Ziel, einander zu verstärken und die Einsatzfähigkeit der gemeinsamen Streitkräfte durch weitgehende Interoperabilität zu erhöhen.
- Die Niederlande werden im europäischen Rahmen weiterhin darauf drängen, dass weitestmöglich gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Hierdurch erhöhen sich die Chancen für in Europa hergestellte Produkte einschließlich ihres Verkaufs und für unsere innovative Industrie. Dabei behalten sich die Niederlande ausdrücklich das Recht vor, bei Ausschreibungen auf dem Gebiet der Verteidigung die in diesem Zusammenhang relevante Bestimmung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Artikel 346) aus der Perspektive nationaler Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen großzügig auszulegen.
- Für Soldatinnen und Soldaten, die sich während einer Auslandsmission eine Behinderung, ein Trauma oder andere Erkrankungen zugezogen haben, wird im Verteidigungshaushalt ein nationaler Entschädigungsfonds in Höhe von 20 Millionen Euro eingerichtet.
- Die Niederlande müssen über Streitkräfte verfügen, die hochtechnologisch ausgerüsteten Gegnern gewachsen sind. Zu diesem Zweck investiert die Regierung in eine erhebliche Ausweitung der Cyberkapazitäten und -technologien bei allen Teilstreitkräften und stärkt deren Rolle bei der digitalen Sicherung und Überwachung der Niederlande auf der Grundlage ihrer verfassungsrechtlichen Verantwortung.

4.3 Entwicklungszusammenarbeit

Als integraler Bestandteil der Außenpolitik will die Entwicklungszusammenarbeit die Ursachen von Armut, Migration, Terror und Klimawandel im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bekämpfen. Die weltweite Kooperation zeigt Ergebnisse. Extreme Armut und extremer Hunger sind zurückgegangen. Die Kindersterblichkeit nimmt ab, und wir werden immer älter. Noch nie sind so viele Kinder zur Schule gegangen wie heute. Zu verdanken haben wir das der wirtschaftlichen Entwicklung, der Entwicklungszusammenarbeit und dem wissenschaftlichen Fortschritt. Leitend für unsere künftige Politik werden die Auswirkungen und der Nutzen der Maßnahmen sein, wobei den schwächsten Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Kindern besondere Aufmerksamkeit gilt.

- Die Regierung nimmt Korrekturen bei den Sparmaßnahmen der vorigen Regierung vor. Hierdurch steigt der Haushalt für Öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance/ODA) in dieser Legislaturperiode, und zwar schrittweise um 118 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 331 Millionen Euro 2021, wodurch sich der Etat wieder auf 0,7 % des BNE minus 1,4 Milliarden Euro beläuft. Die Entwicklung des ODA-Etats bleibt in dieser Legislaturperiode an die Entwicklung des BNE gekoppelt.
- Außerdem werden in dieser Legislaturperiode einmalig Zusatzmittel in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Euro bereitgestellt.
- Zur Bekämpfung der Ursachen von Armut, Migration, Terror und Klimawandel passt die Regierung den Etat für Entwicklungszusammenarbeit an. Ergänzende Ausgaben zielen insbesondere auf die Ursachen und Auswirkungen der Migration ab, darunter Flüchtlingshilfe in der Region einschließlich Bildungsangeboten für Flüchtlingskinder.
- Die Niederlande bekämpfen die Migrationsursachen mit einem Ansatz für die gezielte Verbesserung der Auffangmöglichkeiten in der Region. Dabei haben Bildungsangebote für Flüchtlingskinder sowie Maßnahmen für mehr Beschäftigung für Flüchtlinge Priorität.
- Im Lichte der neuen Zielsetzung, den Fokus und die Effektivität der Außenpolitik zu stärken, wird die länderbezogene Politik überarbeitet. In einem ersten Schritt werden dabei Jordanien, der Libanon und der Irak zu Schwerpunktländern. Darüber hinaus wird geprüft, welche afrikanischen und welche sonstigen Länder den Schwerpunktstatus erhalten bzw. mit welchen Ländern die Entwicklungszusammenarbeit beendet wird.
- Die Niederlande behalten die Not in der Welt im Blick. Dementsprechend wird die Flüchtlingshilfe erhöht. Die niederländischen Anstrengungen werden sich neben direkter Nothilfe mehr als bisher auch auf Prävention sowie die Förderung der Widerstandsfähigkeit und der Zugänglichkeit konzentrieren. Der Nothilfe-Cluster Dutch Relief Alliance, dessen Arbeit erfolgreich war, wird fortgesetzt.
- Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, Landwirtschaft, Wasser sowie die Förderung der Rechtsstaatlichkeit sind Themenbereiche, in denen die Niederlande schon immer wichtige inhaltliche Beiträge geleistet haben. Die Schwerpunkte der Armutsbekämpfung werden auch künftig auf diese Bereiche ausgerichtet sein.
- Im Rahmen des Etats für Entwicklungszusammenarbeit wird ein nationaler Klimafonds eingerichtet mit dem Ziel, die Erträge der international vereinbarten öffentlichen und privaten Klimaschutzfinanzierung zu maximieren.
- Das Engagement der niederländischen Zivilgesellschaft und niederländischer Unternehmen wird aufgrund ihrer spezifischen Fachkenntnisse und ihres Wirkungsradius fortgeführt.
- Die Regierung setzt aktiv auf fairen und freien Handel, auf Exportförderung und auf Handelsabkommen, wobei UN-Standards und der Aspekt der Rechtssicherheit zu berücksichtigen sind. Dazu gehört auch ein besserer Zugang zum europäischen Markt für Entwicklungsländer.
- Die Vereinbarungen auf dem Gebiet der sozialen Unternehmensverantwortung im Bereich des internationalen Wirtschaftens gelten weiter. Nach zwei Jahren wird geprüft, ob und, wenn ja, welche zwingenden Maßnahmen getroffen werden können.
- Die Zahl der Stipendien des Holland-Scholarship-Programms wird im Rahmen des Etats für Entwicklungszusammenarbeit verdoppelt; Nutznießer sind neue Schwerpunktländer.
- Der Fonds für die Bekämpfung der Kinderarbeit wird im Rahmen des Etats für Entwicklungszusammenarbeit aufgestockt.

4.4 Europa

Europa beschert den Niederlanden Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft, in der die Niederlande sich zu Hause fühlen. Recht und Freiheit stehen im Mittelpunkt. Während in Europa die Rolle der Union überdacht wird, steht bei uns im Vordergrund, dass die Niederlande untrennbar mit der EU verbunden sind. Bei verschiedenen wichtigen Themen würde man sich eine aktivere Rolle der EU wünschen, da die Niederlande die gesteckten Ziele nicht im Alleingang erreichen können. Beispiele für solche Themen sind Migration, Klimawandel und grenzüberschreitende Kriminalität. Andererseits hat die EU auch Regelungen erlassen, die die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten unnötig eingeschränkt hat, etwa im Bereich Wohnungswesen.

- Es ist wichtig, dass Regeln und gefasste Beschlüsse konsequent um- und durchgesetzt werden. Die Aufnahme von Beitrittskandidaten wird anhand der Kopenhagener Kriterien geprüft. Diese Kriterien gelten auch für die Beitrittsverhandlungen, die bereits seit längerer Zeit mit der Türkei geführt werden. Die besorgniserregenden Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in

der Türkei bieten – im Lichte der Kopenhagener Kriterien – keine Perspektive für das Erreichen einer Einigung über den Beitritt des Landes zur EU. Zugleich müssen wir feststellen, dass auf europäischer Ebene beschlossen wurde, die Verhandlungen gegenwärtig nicht zu beenden. Unter diesen Umständen streben die Niederlande eine alternative Form der Zusammenarbeit mit der Türkei an.

- Im Rahmen der Brexit-Verhandlungen ist es wichtig, dass die 27 Länder weiterhin an einem Strang ziehen. Dafür werden sich die Niederlande stark machen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Stellung von Niederländern in Großbritannien.
- Die Wirtschaft- und Währungsunion (WWU) muss eine stabile Währung, stabile Preise und wirtschaftliches Wachstum in der Eurozone und in den Niederlanden gewährleisten. Damit ist eine gut funktionierende WWU für die Niederlande von großer Bedeutung. Eine schlecht funktionierende WWU stellt dagegen eine Bedrohung für den Fortbestand der EU als Ganzes dar. Die Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit haben die Glaubwürdigkeit der Haushaltsregeln in Frage gestellt. Damit die WWU ihre Funktion erfüllen kann, muss sie verbessert werden; alle Mitgliedstaaten müssen ihren Verpflichtungen nachkommen und dürfen die negativen Folgen ihrer Politik nicht auf andere Länder abwälzen können. Vor diesem Hintergrund strebt die Regierung Folgendes an:
 - Der Vereinbarung, dass die Schulden eines Landes nicht von anderen Ländern übernommen werden (No-Bail-out-Klausel), muss wieder glaubwürdig Geltung verschafft werden. Darum befürwortet die Regierung die Einführung eines formellen Mechanismus, der mit dem Ziel der Sanierung einer unhaltbaren Verschuldung auf der Grundlage eines offiziellen Hilfsantrags an den Europäischen Stabilitätsmechanismus zum Einsatz kommen kann. Wenn ein Mitgliedstaat aufgrund einer untragbaren Schuldenlast in Schwierigkeiten gerät, müssen zuerst die Gläubiger und Anleger für die Sanierungskosten aufkommen, wodurch die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme von Nothilfengeldern verringert wird. Für die Auflegung von Nothilfeprogrammen sind klare Rahmenvorgaben vorzusehen, unter anderem was die Aufgabenteilung (das Verhältnis zu anderen Institutionen wie dem IWF und der EZB) und die Kopplung an Wirtschaftsreformen angeht. Die finanziellen Risiken, die den Niederlanden im Rahmen des Nothilfefonds und durch das Aufkaufen von Schulden durch die EZB und die nationalen Zentralbanken entstehen, werden mit diesem Mechanismus angemessen kontrolliert und reduziert.
 - Die gemeinschaftliche Finanzierung von Schulden von EU-Mitgliedstaaten ist nicht erwünscht. Die EU darf keine Schuldengemeinschaft werden. Darum ist es für die Regierung maßgeblich, dass keine weiteren Schritte in Richtung einer Transferunion unternommen werden, auch nicht durch die Einführung von Eurobonds oder bestimmter Formen davon.
 - Die Haushaltsregeln müssen vereinfacht und unabhängiger durchgesetzt werden.
 - Die Regierung ist im Rahmen der WWU kein Befürworter eines Stabilitätsmechanismus (fiscal capacity) zur Abfederung von Auswirkungen wirtschaftlicher Erschütterungen.
 - Es gilt, die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zukunftssicher zu machen. Da sie eng miteinander verflochten sind, ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten einander in diesem Zusammenhang kontrollieren und voneinander lernen (über Benchmarking). Zur Erreichung dieses Ziels muss die Nutzung der bestehenden Struktur- und Kohäsionsfonds an die Einhaltung länderspezifischer Vereinbarungen sowie der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts gekoppelt werden.
 - Der Europäische Fiskalausschuss – der die Kommission über die Tragfähigkeit der Haushalte der Mitgliedstaaten berät – muss gestärkt und vollkommen unabhängig gemacht werden.
 - Angesichts der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Banken ist eine gemeinschaftliche Strategie der EU für Banken und die Bankenaufsicht eine gute Idee. Ein europäisches Einlagensicherungssystem kann erst dann realisiert werden, wenn der Bankensektor in jedem einzelnen Mitgliedstaat gesund ist und eine solide Risikogewichtung der Staatsanleihen gegenüber den Bankbilanzen vorliegt.
 - Der europäische Haushalt muss modernisiert werden: mit einem stärkeren Fokus auf Innovation, Forschung, Klima und Nachhaltigkeit.
- Finanzkriminalität geht oft eng mit grenzüberschreitender organisierter Schwerekriminalität einher. Den Kampf gegen diese Kriminalitätsformen können die Niederlande nicht allein führen. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist unverzichtbar, auch im Hinblick auf die Effektivität niederländischer Strafermittlungen. Die Beteiligung an der Europäischen Staatsanwaltschaft vereinfacht die Kooperation im Kampf gegen Betrug mit EU-Geldern. Vor diesem Hintergrund wird die Regierung in dieser Legislaturperiode beschließen, wann die Niederlande der Europäischen Staatsanwaltschaft beitreten werden. Der Beitritt wird nur unter der Bedingung stattfinden, dass er das Opportunitätsprinzip der niederländischen Staatsanwaltschaft nicht beeinträchtigt.

4.5 Eine menschenwürdige und effektive Migrationspolitik

Gegenwärtig vollziehen sich beispiellose Migrationsbewegungen. Dabei geht es sowohl um Menschen, die vor Krieg und Instabilität in verschiedenen Regionen fliehen, als auch um Migranten mit wirtschaftlichen Motiven. Auf ihren Wegen, die sie überwiegend nach Europa führen, kommt es zu vielen humanitären Dramen und zu Missbrauch der Situation durch Menschenschmuggler. Zugleich verschärfen sich die Verhältnisse innerhalb der niederländischen Gesellschaft und zwischen den EU-Mitgliedstaaten angesichts des Zustroms von Asylbewerbern und der Probleme bei der Unterbringung und der Integration. Das gegenseitige Vertrauen und der soziale Zusammenhalt drohen bei allzu großen Migrationswellen Schaden zu nehmen.

Deshalb setzt sich die Regierung für eine effektive und menschenwürdige Migrations- und Integrationspolitik auf nationaler und europäischer Ebene ein. Dazu gehört die Bekämpfung der Ursachen von Flüchtlingsströmen, die Verbesserung der Auffangmöglichkeiten in den Heimatregionen, die Aufnahme von Flüchtlingen gemäß internationalen Übereinkommen und das Vorgehen gegen irreguläre Migration. Wer bleiben darf, muss sich rasch integrieren. Damit verbessern wir die Chancen der Neuankömmlinge. Wer nicht bleiben darf, muss das Land schnell wieder verlassen.

Migrationsabkommen

- Flüchtlingen, die einer Notsituation entkommen wollen, muss Schutz gewährt werden. Dieser Grundsatz ist in internationalen Übereinkommen verankert. Die Niederlande halten die Gewährung dieses Schutzes in Ehren und sind der Ansicht, dass andere Länder, insbesondere EU-Mitgliedstaaten, das ebenfalls tun sollten – schließlich geht es hier um eine gemeinsame internationale Verantwortung.
- Indem wir sichere Orte für Flüchtlinge und Vertriebene in ihrer Heimatregion schaffen, an denen ihnen Schutz, Hilfe und Chancen geboten werden, beseitigen wir die Notwendigkeit für sie, weiterzuziehen. Dazu bedarf es struktureller Investitionen in die politische und wirtschaftliche Kooperation mit diesen Ländern im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, die Nothilfemaßnahmen ergänzen. In diesem Zusammenhang wird eine Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) angestrebt.
- Darüber hinaus muss sowohl von den Niederlanden als auch von der EU in die Beseitigung der Ursachen von Migration investiert werden. Solche Investitionen sind nötig für die Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Situation (und damit der Chancen) in den Herkunftsländern. Des Weiteren werden die Niederlande in den Ländern und Regionen investieren, die in großer Zahl Flüchtlinge aufgenommen haben, darunter die neuen Partnerländer Jordanien und Libanon. Dies geschieht mit dem Ziel, den Schutz und die Selbsthilfefähigkeit der Flüchtlinge in diesen Ländern zu verbessern.
- Flüchtlinge bedürfen des Schutzes, aber das bedeutet nicht, dass sie das Recht haben, sich selbst auszusuchen, welches Land ihnen diesen Schutz bieten soll. Wenn möglich sollte ihnen der Schutz in ihrer Heimatregion geboten werden, also in der Region des Landes, aus dem sie fliehen mussten. Die Niederlande leisten einen aktiven Beitrag zur Schaffung und Aufrechterhaltung sicherer und angemessener Unterbringungsmöglichkeiten in der Heimatregion. Um die unkontrollierten Migrationsströme nach Europa zu regulieren, Menschenschmugglern den Geldhahn zuzudrehen und insbesondere die vielen Todesfälle durch Ertrinken im Mittelmeer zu verhindern, können – möglichst im europäischen Rahmen – Migrationsabkommen mit sicheren Drittländern geschlossen werden, die in materieller Hinsicht den Kriterien der Flüchtlingskonvention entsprechen.
- Im Zuge dieser Abkommen müssen im EU-Rahmen Vereinbarungen mit Transitländern und Ländern in Krisenregionen über die (Wieder-)Aufnahme von Asylsuchenden (sowohl eigene Staatsangehörige als auch Staatsangehörige anderer Länder aus der Region) getroffen werden.
- Im Rahmen eines Asylverfahrens wird auf der Grundlage internationaler Rechtsvorschriften entschieden, ob eine Person Zugang zu diesen sicheren Auffangmöglichkeiten in der Region erhält. Nach Möglichkeit wird das Verfahren durch das Auffangland organisiert, ansonsten beispielsweise durch das UNHCR. Wer Zugang zu den sicheren Auffangmöglichkeiten erhalten hat, hat eventuell Anspruch auf Neuansiedlung. Auch nach Abschluss eines Migrationsabkommens mit einem sicheren Drittstaat wird die Gewährleistung der dortigen Sicherheit unabhängig überwacht. Um Einsicht in die Lebensbedingungen und den Schutz vor Ort zu erhalten, werden UNHCR und Unicef mit Mitteln unterstützt, die den Zugang zu Auffang- und Bildungsmaßnahmen ermöglichen.
- Sobald diese Maßnahmen umgesetzt sind, verringert sich die Notwendigkeit, die Migration mit Gefahr für Leib und Leben fortzusetzen. Wer dennoch weiterzieht, hat damit grundsätzlich keinen Anspruch auf Schutz im Land der eigenen Wahl. Vielmehr kann man nach dem »Prinzip des sicheren Drittstaats« nach einem kurzen Verfahren in eine Auffangeinrichtung in der Heimatregion zurückgeschickt werden, wo man – wenn Asyl gewährt wird – das in internationalen Übereinkommen verankerte Recht auf Schutz in Anspruch nehmen kann. In diesem kurzen Verfahren haben Asylsuchende allerdings die Möglichkeit,

individuelle Umstände geltend zu machen, wenn sie der Meinung sind, dass sie bei einer Aufnahme in der Region spezifischen unannehmbaren Risiken ausgesetzt wären. Dies gilt vor allem für bestimmte besonders schutzbedürftige Personengruppen. In der Praxis entscheidet weiterhin das Einwanderungsamt, wer zum regulären Asylverfahren zugelassen wird.

- Je nachdem, inwieweit die Realisierung dieser Maßnahmen den Zustrom von Migranten in die Niederlande verringert, sind die Niederlande auch bereit, zunehmend Neuansiedlungsmöglichkeiten zu eröffnen, um die Auffangstrukturen vor Ort zu entlasten. In diesem Zusammenhang werden – nach Möglichkeit im europäischen Rahmen – verbindliche Vereinbarungen getroffen. Die Neuansiedlungsquote der Niederlande beim UNHCR wird von 500 auf 750 angehoben. In ihrer Neuansiedlungspolitik widmet die Regierung besonders schutzbedürftigen Minderheiten und Flüchtlingen mit guten Aussichten auf eine erfolgreiche Integration in die niederländische Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit.
- Migrationsabkommen mit sicheren Drittstaaten erleichtern auch die Ermittlung von Terroristen und Kriegsverbrechern in einem frühen Stadium.
- Das internationale Asylrecht basiert auf der Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951, die auch für diese Regierung der Referenzrahmen bleibt. Da sich aber Art und Umfang der weltweiten Asylumigration in den vergangenen Jahrzehnten drastisch verändert haben, lässt die Regierung von unabhängiger Stelle untersuchen, ob und, wenn ja, wie die Konvention aktualisiert werden muss, damit sie als nachhaltiger Rechtsrahmen für die internationale Asylpolitik der Zukunft fungieren kann.

Europäische Asylpolitik

- Die Niederlande streben eine umfassende europäische Asylpolitik an. Nur gemeinsam können wir die große Herausforderung der Migration meistern.
- Auch wenn die Verpflichtungen, die sich aus dem Völkerrecht ergeben, für alle Mitgliedstaaten die gleichen sind, wird ihre Erfüllung durch regionale und nationale Unterschiede in den Asylverfahren erschwert. Die niederländischen Rechtsvorschriften müssen den europäischen entsprechen. Das gebotene Schutzniveau und die Rahmenbedingungen der Asylverfahren müssen in allen EU-Mitgliedstaaten gleich sein. Die Niederlande streben eine Harmonisierung in diesem Bereich an, um so auch einen Wettbewerb um die Verschlechterung der Lebensbedingungen und Vorschriften für Asylsuchende zu verhindern.
- Bis dies erreicht ist, wird in folgenden Fällen die Beseitigung nationaler Sonderregelungen gegenüber den europäischen Vorschriften angestrebt.
 - Eine Asylberechtigung wird zunächst nur für drei, nicht mehr für fünf Jahre gewährt. Danach kann eventuell eine Berechtigung für weitere zwei Jahre gewährt werden. Wer im Anschluss daran noch immer die Anforderungen des Flüchtlingsstatus erfüllt, erhält einen unbefristeten Aufenthaltstitel.
 - Wenn bei einem Folgeantrag aus den Akten hervorgeht, dass keine Chance auf Bewilligung besteht, wird auf die Anhörung verzichtet.
 - Im Einklang mit den EU-Vorschriften wird im Falle einer beabsichtigten Ablehnung eines Asylantrags Rechtsberatung gewährt, auch zur Entlastung des Justizapparats. Dadurch werden Kapazitäten des Amtes für Einwanderung und Einbürgerung (IND) frei, die an anderer Stelle genutzt werden können.
- Es ist nicht immer leicht, im EU-Rahmen eine Änderung von Rechtsvorschriften zu erreichen. Auf bestimmten Gebieten können dennoch durchaus Erfolge erzielt werden. Dafür setzen sich die Niederlande aktiv ein. Das Konzept des »sicheren Drittstaats« muss präzisiert werden, damit der Grundsatz der Aufnahme in der Region effektiv realisiert werden kann. Außerdem muss ein rechtlicher Notfallmechanismus zur Verfügung stehen, der in Zeiten hoher Zuwanderungsströme zum Einsatz kommen kann, damit in einem klar abgesteckten europäischen Rahmen Flüchtlinge in ihren Heimatregionen dort aufgefangen werden können, wo ihnen Sicherheit, Obdach und medizinische Versorgung geboten werden. In diesem Zusammenhang wollen die Niederlande in der EU weiterhin eine Vorreiterrolle spielen.
- Die Europäische Kommission hält Länder berechtigterweise dazu an, die Rückführung von Migranten nach der Ablehnung ihres Asylantrags effektiver zu gestalten. Für die Realisierung einer effektiven Rückführungspraxis müssen auch europäische Rechtsvorschriften, etwa auf dem Gebiet der Abschiebungshaft, angepasst und verschärft werden. Die Aufnahme von Familien mit Kindern und unbegleiteten minderjährigen Ausländern erfolgt wie bisher auf eine kindgerechte Art und Weise.

Europäische Außengrenzen

- Eine effektive Kontrolle der europäischen Außengrenzen ist eine Grundvoraussetzung für offene Binnengrenzen. Um den Dramen, die sich auf offener See vollziehen, und dem florierenden Menschenschmuggel Einhalt zu gebieten, ist es zusätzlich zu den vorstehenden Maßnahmen erforderlich, dass wir unsere EU-Außengrenzen streng überwachen. Um den niederländischen Beitrag hierzu auszuweiten, erhöhen wir unsere Grenzschutzkapazitäten und setzen erforderlichenfalls (auch innerhalb Europas) Nothilfemittel ein. An den europäischen Außengrenzen müssen auch Verfahren zur Rückführung

ins Herkunftsland oder in sichere Auffanglager durchgeführt werden. Insbesondere Griechenland und Italien verdienen Unterstützung bei ihren Asylverfahren und Auffangmaßnahmen. In diesem Zusammenhang werden die Niederlande zusätzliche Kapazitäten über die Border Security Teams bereitstellen.

- Die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern von Migranten muss intensiviert werden, unter anderem im Bereich des Such- und Rettungsdienstes in Küstengewässern. Ertrinkende müssen im Einklang mit dem bestehenden Völkerrechtsrahmen zum nächsten sicheren Hafen verbracht werden, auch wenn dieser in der Region liegt, aus der die Ertrinkenden geflohen sind. In diesem Zusammenhang ist der Grundsatz der Nichtzurückweisung leitend. Die Verbringung von Migranten nach Europa in Fällen, in denen der nächste sichere Hafen in Afrika oder im Nahen Osten liegt, fördert den Menschenschmuggel und muss bekämpft werden. Der internationale Ansatz, den die Leiter von Organisationen verfolgen, die im Bereich der Migrationskriminalität tätig sind, muss durch den strukturellen Einsatz von Sanktionen – etwa die Aburteilung durch internationale Gerichte oder die Anwendung von Sanktionsinstrumenten der EU, die auch gegen Terroristen zum Einsatz kommen – gestärkt werden.
- Für die internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf sichere Häfen in Drittstaaten gilt, ebenso wie für die Mitwirkung an der zwangsweisen Rückführung, der Grundsatz »mehr für mehr und weniger für weniger«. Es werden sowohl positive als auch negative Anreize gesetzt, um die Herkunftsländer zur Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu bewegen. Zu den möglichen Druckmitteln zählen hierbei die Gewährung oder Vorenthaltung von Entwicklungsgeldern, aber auch die Erteilung oder Versagung von Visa für Einwohner des betreffenden Landes, insbesondere für Staatsbeamte und hochrangige Persönlichkeiten, oder die Erteilung oder Aussetzung von Landrechten für Flüge aus jenem Land.

Bekämpfung des Asyl-Shoppings in der EU

- Bei den Verhandlungen über das Gemeinsame Europäische Asylsystem setzt man vor allem auf die effektive Bekämpfung der Durchreise innerhalb der EU bzw. von »Asyl-Shopping« zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Jeder Mitgliedstaat muss daran mitwirken, dass die selbständige Einreise in die EU statt der Antragstellung in einer sicheren Auffangeinrichtung in der Heimatregion erfolglos bleibt.
- Informationen über vorherige Aufenthalte in einem anderen Land müssen frühzeitiger zur Übertragung eines Falls an das betreffende Land in Europa führen können. Wird ein Asylsuchender an der Grenze gestoppt, wird ihm die Einreise in die Niederlande verweigert und er wird den belgischen oder deutschen Behörden übergeben. Dies geschieht entweder mittels eines Antrags nach der Dublin-Verordnung, weil die betreffende Person im EURODAC-System registriert ist, oder aufgrund eines direkten Hinweises der Behörden, dass jemand zu Unrecht nicht bei ihnen registriert ist.
- Auch gegen Durchreisen innerhalb der EU aus einem Land, das – beispielsweise nach einer Neuansiedlung oder der erstmaligen Asylbeantragung in einem anderen europäischen Land (Dublin-Verordnung) – Schutz bietet, in einen anderen EU-Mitgliedstaat muss im Rahmen von Schnellverfahren vorgegangen werden, indem den Durchreisenden kein Anspruch auf Aufenthalt und Leistungen gewährt wird.
- In der Zwischenzeit werden die Niederlande bei Asylbewerbern, die für eine Umverteilung in Frage kommen, gemäß den ursprünglichen Umverteilungsbeschlüssen weiterhin ihren Teil der Verantwortung übernehmen, wie auch von der Europäischen Kommission gefordert. Damit zeigen sich die Niederlande mit ihren europäischen Partnern solidarisch. Für Mitgliedstaaten, die ihren Verpflichtungen in diesem Zusammenhang nicht nachkommen, müssen EU-Mittel gekürzt werden.

Aufnahme und gesellschaftlicher Rückhalt in den Niederlanden

- Schwankungen im Zustrom von Migranten, die dazu führen, dass in kurzer Zeit zusätzliche Aufnahmeeinrichtungen geschaffen werden müssen, untergraben den gesellschaftlichen Rückhalt für die Maßnahmen. Darüber hinaus gibt es in unserer Gesellschaft wenig Verständnis für den Zustrom von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern, insbesondere dann, wenn sie – vielleicht sogar längerfristig – in Asylbewerberunterkünften in Wohngebieten untergebracht sind.
- Die Niederlande müssen auch künftig flexibel auf derartige Schwankungen in Umfang und Zusammensetzung des Zustroms reagieren können. Dafür brauchen wir ein flexibles Asylsystem, das sowohl in gesellschaftlicher als auch in finanzieller Hinsicht effektiver ist als Ad-hoc-Maßnahmen. Innerhalb dieses Systems müssen Aufnahmestrukturen, Asylverfahren und Integration bzw. Rückführungsmaßnahmen im Zusammenhang betrachtet werden, und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen und den Gemeinden muss verstärkt werden. An einer begrenzten Zahl von Orten im Land werden die beteiligten Partner auf dem Gelände von mittelgroßen Auffangzentren oder in deren unmittelbarer Nähe unter einem Dach zusammenarbeiten. Dort wird dann in einem effizienten Schnellverfahren eine erste Auswahl getroffen und bestimmt, welches Verfahren der Asylsuchende im

Weiteren durchlaufen wird. Asylbewerber mit guten Chancen auf Genehmigung ihres Antrags werden in kleineren Aufnahmeeinrichtungen in der Nähe jener Gemeinde untergebracht, in der ihnen später eine Wohnung zugewiesen würde. Dort nehmen sie sofort an einem Sprachkurs teil, und sie können dort auch Integrationsmaßnahmen der Gemeinde nutzen. Bei der Unterbringung von Asylbewerbern mit einer Bleibeperspektive werden auch deren berufliche Qualifikationen und das Jobangebot vor Ort berücksichtigt. Auf diese Weise wird die Zahl der Umzüge für Asylbewerber auf ein Minimum beschränkt. Dies gilt insbesondere für schulpflichtige Kinder; von ihnen wird grundsätzlich nicht verlangt, an einen anderen Ort in den Niederlanden umzuziehen. Asylbewerber, deren Antrag nur geringe oder keine Aussicht auf Genehmigung hat, verbleiben in den mittelgroßen Zentren. Dort beginnt für sie sofort das Schnellverfahren. Mit der Ablehnung beginnt unverzüglich das Abschiebeverfahren.

- Das bedeutet, dass in der Nähe dieser Zentren auch Platz für Einrichtungen sein muss, in denen Asylbewerber, die straffällig werden oder die öffentliche Ordnung stören, untergebracht werden können, wenn ihnen freiheitsbeschränkende Maßnahmen auferlegt worden sind oder wenn sie zusätzlicher Betreuung oder Aufsicht bedürfen.
- Bearbeitungsstaus bei den Anträgen werden weitestmöglich reduziert, indem sichergestellt wird, dass das Asylverfahren acht Tage dauert und dass die Eintagesprüfung eines Folgeantrags innerhalb von zwei Tagen erfolgt. Das Amt für Einwanderung und Einbürgerung (IND) nutzt die zusätzlichen Kapazitäten, um diese Verfahren zu beschleunigen.
- Die Niederlande wollen nur Personen Schutz bieten, die diesen auch verdienen. Kriegsverbrecher zählen nicht dazu. Die Einheit »Internationale Verbrechen« des IND (1F-Unit) wird personell verstärkt mit dem Ziel, Kriegsverbrecher aus den Reihen der Asylsuchenden herauszufiltern.

Effektive Rückführung

- Personen, von denen rechtskräftig festgestellt worden ist, dass sie kein Bleiberecht in den Niederlanden haben, werden in das Herkunftsland zurückgeführt. Dies kann in der Praxis zu Problemen führen, wenn der Ausreisepflichtige oder das Herkunftsland nicht zur Mitwirkung bereit ist. Das Amt für Rückkehr und Rückführung (DT&V) wird mit zusätzlichen Kapazitäten ausgestattet, um die Rückkehrquote zu erhöhen. Ein intensiveres Fallmanagement kann dazu führen, dass die Zahl der freiwilligen Rückkehrer steigt. Zu diesem Zweck soll die Bereitschaft zur Rückkehr bei Gruppen gefördert werden, bei denen diese bisher kaum vorhanden ist. Von entscheidender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Kooperation mit den Gemeinden.
- Außerdem sollen mehr Zwangsrückführungen krimineller Ausländer durchgeführt werden; dazu sollen im Rahmen der europäischen Rechtsvorschriften die Möglichkeiten der Gewahrsamnahme erweitert werden. Darüber hinaus erhält das Amt für Rückkehr und Rückführung Mittel zum Kapazitätsaufbau bei Schwesterbehörden in Drittstaaten, um so die operative Zusammenarbeit zu fördern.
- Besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei minderjährigen Migranten. Kinder geraten zu oft in lebensgefährliche Situationen. Die Regierung schafft in den Herkunftsländern angemessene Auffangstrukturen für Minderjährige, in denen sie sicher aufwachsen können, bis sie möglichst in ihr Heimatland zurückkehren können. Dies gilt nicht für Herkunftsländer, die nicht sicher sind, wie zurzeit beispielsweise Syrien.

Unterbringung ausreisepflichtiger Personen

- Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen die Niederlande selbständig und schnellstmöglich verlassen. Wer das nicht unverzüglich tut, kann für einen begrenzten Zeitraum in einem der acht landesweiten Ausländerzentren (LVV) untergebracht werden, die vom Amt für Rückkehr und Rückführung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden eingerichtet werden. Während der Unterbringung gilt – mit Ausnahme der ersten zwei Wochen – die Pflicht zur Mitwirkung an der Rückkehr ins Herkunftsland, es sei denn, es stellt sich heraus, dass die betreffende Person möglicherweise doch Anspruch auf einen Aufenthaltstitel hat. Personen, die nicht ernsthaft an der Rückkehr ins Herkunftsland mitwirken, haben keinen Anspruch auf Obdach und Unterstützung.
- In diesem Zusammenhang wird eine Vereinbarung mit dem Verband niederländischer Gemeinden (VNG) geschlossen. Gemeinden können ausreisepflichtige Personen an die LVV-Zentren verweisen. Die Möglichkeit bleibt bestehen, einzelne Personen im Interesse der öffentlichen Ordnung für einige Tage in einer Notunterkunft unterzubringen, und zwar ohne eigene sogenannte »Brot-Bad-Bett-Leistungen«.

Amnestieregelung für Kinder

- Die Amnestieregelung für seit langem in den Niederlanden lebende Kinder bleibt in ihrer heutigen Form in Kraft.

Legale Migration

- Asyl dient dem Schutz verfolgter Menschen und nicht der Hilfe bei der Arbeitssuche. Das Asylverfahren ist nicht für Personen gedacht, die aus wirtschaftlichen Gründen in die Niederlande kommen möchten. Eine solche Vermischung der Motive ist nicht erwünscht – dagegen muss vorgegangen werden. Allerdings gibt es auch Arbeitsmigranten, die einen sinnvollen Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land leisten können. Arbeitsmigration, die im Interesse der Niederlande ist, wird denn auch gefördert. So können die Wissensökonomie, die Innovationskraft und die Wettbewerbsposition der Niederlande gestärkt werden. Aus diesem Grund verfolgen wir eine auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abgestimmte positive Politik auf dem Gebiet der legalen Migration. Eine Beschäftigungserlaubnis kann künftig auch für drei Jahre erteilt werden. Die Ausbeutung von Migranten wird aktiv bekämpft.

4.6 Integration

In einer gerechten Gesellschaft darf die Herkunft nie über die Zukunft entscheiden. Deshalb ist eine erfolgreiche Integration sowohl für jeden Neubürger selbst als auch für die Gesellschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung. Damit dies gelingen kann, müssen die Betroffenen von sich aus Verantwortung übernehmen, und die Gesellschaft muss jedem individuell die Chance eröffnen, seine Talente zu entfalten. Es geht darum zu partizipieren. Indem man Niederländisch lernt, einer Beschäftigung nachgeht, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhat und Werte wie Gleichheit und die Freiheiten achtet, die in unserer Verfassung verankert sind.

Die Regierung nimmt Geld in die Hand, um die Perspektiven der betroffenen Menschen zu verbessern. Das Angebot im Bereich der vorschulischen Erziehung wird auf vier halbe Tage erweitert, damit Entwicklungsrückständen vorgebeugt oder entgegengewirkt werden kann. Außerdem wird umfassend in Maßnahmen zum Ausgleich von Bildungsnachteilen, in den Grundschulunterricht, in wirksame Integrationsmaßnahmen der Gemeinden und in die Bekämpfung des funktionalen Analphabetismus investiert. Wir machen Angebote, die die Betroffenen selbst annehmen müssen.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass es für Jugendliche mit nichtwestlichem Hintergrund so viel schwieriger ist, einen Arbeitsplatz oder auch nur eine Praktikumsstelle zu finden. Das ist demotivierend und fördert nicht das Gefühl, wirklich Teil der niederländischen Gesellschaft zu sein. Die Diskriminierung am Arbeitsmarkt wird entschlossen bekämpft. Staatliche Stellen gehen als Arbeitgeber mit gutem Beispiel voran, indem sie aktiv Vielfalt fördern und gegen Diskriminierung vorgehen.

Eine demokratische Gesellschaft kann nur dann funktionieren, wenn wir die Grenze dort ziehen, wo die Freiheiten des anderen bedroht sind, wenn alle Bürger partizipieren und wenn Diskriminierung keine Chance hat. Für Hass auf Homosexuelle, Antisemitismus, Hass auf Muslime, Ehrenmorde, Genitalverstümmelung, Kinderehen, Zwangsehen, die Verbreitung von Hass und Gewalt gegen Andersdenkende und Minderheiten gibt es in unserer Gesellschaft keinen Platz.

- Die niederländische Staatsangehörigkeit ist etwas, worauf man stolz sein kann und was man sich verdienen muss. Die schnelle Integration von Asylbewerbern ist wichtig. Von Migranten wird erwartet, dass sie alles dafür tun, sich zu integrieren: dass sie Niederländisch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Freiheiten und Gleichheiten bejahen und Arbeit finden. Dabei gilt der Grundsatz, dass sich die Asylsuchenden selbst aktiv um Integration zu bemühen haben. Alle Asylbewerber mit guten Aussichten auf Zuerkennung eines Bleiberechts und alle anerkannten Asylbewerber in den Einrichtungen der Zentralstelle für die Erstaufnahme von Asylbewerbern (COA) erhalten unmittelbar nach ihrer Ankunft einen Sprachkurs. Künftig müssen sie Niveau B1 erreichen (bislang A2). Zu diesem Zweck stellt die Regierung Mittel für Sprachkurse auf B1-Niveau zur Verfügung.
- Die Gemeinden haben auch weiterhin die Möglichkeit, mit Beschäftigungsformen für Asylbewerber zu experimentieren.
- Zu viele Migranten bleiben zu lange auf Transferleistungen angewiesen. Das ist eine inakzeptable Folge der Integrationspolitik. Um hier Abhilfe zu schaffen, muss nach Möglichkeit ein aktivierendes und zugleich entlastendes System sozialer Leistungen eingerichtet werden. Ein solches Leistungssystem könnte für anerkannte Asylbewerber bedeuten: Integrationsmaßnahmen zur Verinnerlichung der bürgerschaftlichen Werte, verpflichtende Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen (gegen Entgelt oder ehrenamtlich) sowie begleiteter Zugang zu Sozialleistungen. Dabei ziehen die Gemeinden in den ersten zwei Jahren Gesundheitszuschuss, Mietzuschuss und Sozialhilfe ein und geben diese Leistungen an die Migranten in Form von Sachleistungen und Betreuungsmaßnahmen, zuzüglich eines Geldbetrags zur Deckung des notwendigen Bedarfs, weiter. Hat ein Asylberechtigter im Zuge einer Prüfung nachgewiesen, dass er auf

dem Arbeitsmarkt bestehen kann, kann er unter Umständen vorzeitig aus diesem System entlassen werden. Wer die Prüfung nicht besteht, verbleibt grundsätzlich im System. Auf der Grundlage des Vorstehenden werden Mittel und Verfahren entwickelt, die in allen Gemeinden zum Einsatz kommen können. Erforderlichenfalls werden Rechtsvorschriften genutzt, die es ermöglichen, die Selbsthilfefähigkeit der Migranten auf diese Weise zu fördern.

- Darüber hinaus wird die Frist, in der das Kriterium »Vereinbarkeit mit der öffentlichen Ordnung« mit Blick auf die Einbürgerung erfüllt sein muss, von 4 auf 5 Jahre angehoben. Somit kann die niederländische Staatsangehörigkeit nur dann erworben werden, wenn der Antragsteller in den 5 Jahren vor Antragstellung keine Straftat begangen hat.
- Wer aus vorwerfbaren Gründen nichts für seine Integration in die niederländische Gesellschaft tut, muss mit Konsequenzen rechnen, reguläre Migranten etwa mit dem Verlust des Aufenthaltstitels und anerkannte Asylbewerber mit der Nichterteilung eines günstigeren Aufenthaltstitels. Außerdem können Migranten, die ihre Integration vernachlässigen, Leistungen gekürzt werden. Integration ist Pflicht und Voraussetzung für den Erwerb der niederländischen Staatsangehörigkeit. Inhaltlich geht es bei der Integration in die niederländische Gesellschaft um den Nachweis von Sprachkenntnissen, die Vertrautheit mit den in den Niederlanden geltenden Gesetzen und Vorschriften einschließlich der sich daraus ergebenden Freiheiten und Werte sowie verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten, nachgewiesene Partizipation und die Erfüllung der für Leistungsempfänger geltenden Bewerbungs- und Gegenleistungspflicht. Die Gestaltung der Integrationskurse und Tests wird einer Prüfung unterzogen. Wichtige Aspekte sind dabei Qualität, Effektivität und Durchsetzung der Teilnahmepflicht. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kann in diesem Zusammenhang eine Rolle zukommen. Außerdem werden Flüchtlinge, die neu angesiedelt werden, auf die Ankunft in unserem Land vorbereitet.